

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur Großen Anfrage der Abgeordneten Braun, Kroll-Schlüter, Frau Augustin, Breuer, Dolata, Dr. Hoffacker, Link (Diepholz), Frau Männle, Sauer (Stuttgart), Schlottmann, Werner, Frau Dr. Adam-Schwaetzer, Cronenberg (Arnsberg), Eimer (Fürth), Frau Dempwolf, Frau Verhülsdonk, Dr. Olderog, von Schmude, Müller (Wesseling), Biehle, Eylmann, Lenzer, Krey, Dr. Kunz (Weiden), Schulze (Berlin), Dr. Jobst, Schemken, Sauer (Salzgitter), Weiß, Dr. Möller, Kittelmann, Schmitz (Baesweiler), Lowack, Jung (Lörrach), Frau Roitzsch (Quickborn), Dr. Hüscher, Dr. Riedl (München), Dr. Rose, Schreiber, Dr.-Ing. Kansy, Dr. Schroeder (Freiburg), Dr. Pohlmeier, Dr. Czaja, Link (Frankfurt), Frau Geiger, Pohlmann, Zierer, Dr. Miltner, Spilker und der Fraktionen der CDU/CSU und FDP
— Drucksachen 10/1660, 10/2784, 10/3151 —

Lebenssituation und Zukunftsperspektiven älterer Menschen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage wird den tatsächlich bestehenden drängenden Problemen älterer Menschen in unserer Gesellschaft nicht gerecht. Weder zur Lösung der finanziellen Probleme der Rentenversicherung noch zur Bewältigung zunehmender Belastungen durch Pflegebedürftigkeit sind befriedigende Vorschläge gemacht worden. Die Auffassung der Bundesregierung, die materielle Situation älterer Menschen sei insgesamt zufriedenstellend, ist nicht zutreffend. Anerkennende Worte für die ältere Generation allein sind nicht geeignet, der heute weit um sich greifenden Verarmung älterer Mitbürger wirksam zu begegnen.

II. Die Bundesregierung wird aufgefordert, mit dem Ziel einer grundlegenden Verbesserung der Situation älterer Menschen und der Hilfe zur Integration älterer Menschen in die Gesellschaft folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. „dem Deutschen Bundestag unverzüglich ein Konzept zur Bewältigung der spätestens ab 1990 aufgrund demographi-

scher Entwicklungen zu erwartenden Finanzierungsprobleme in der gesetzlichen Rentenversicherung vorzulegen, mit dem die Lasten gleichmäßig auf Beitragszahler, Leistungsempfänger und Staat verteilt werden;

2. zur Erhaltung der Generationensolidarität unverzüglich Schritte zur Harmonisierung der Alterssicherungssysteme mit dem Ziel einzuleiten, daß vergleichbare soziale Tatbestände zu gleichwertigen sozialen Leistungen führen;
3. in der gesetzlichen Rentenversicherung ein Kindererziehungsjahr für alle Frauengenerationen anzurechnen;
4. innerhalb des Systems der beitragsbezogenen Rente gezielt die Renten für Rentner mit geringem Einkommen mit dem Ziel zu verbessern, den Bezug ergänzender Sozialhilfeleistungen überflüssig zu machen.

III. Die Bundesregierung wird weiterhin aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Ländern

1. zur wirksamen Bekämpfung von Armut im Alter und zur Wiederherstellung und Erhaltung der Selbsthilfefähigkeit älterer Menschen strukturelle Sozialhilfereformen einzuleiten. Die vom Fachausschuß des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge erarbeiteten Materialien zur Aktualisierung des Sozialhilfewarenkorb sind darin einzubeziehen. Dazu ist die Verbesserung der finanziellen Situation von Ländern und Gemeinden unerläßliche Voraussetzung für eine wirksame Verbesserung sozialhilfrechtlicher Maßnahmen;
2. die wiederholt angekündigten, wenn auch unzureichenden gesetzgeberischen Maßnahmen zu einer Verbesserung der Situation pflegebedürftiger Mitbürger unverzüglich einzuleiten, und einen Gesetzentwurf zur besseren sozialen Absicherung Pflegebedürftiger und ihrer Familien unter Berücksichtigung der bereits in einigen Ländern erarbeiteten Gesetzesvorschläge vorzulegen.

Bonn, den 16. Oktober 1985

Dr. Vogel und Fraktion